

VIVANT- Fraktion

Stellungnahme zum Dekret zur Förderung der Einrichtungen der Volks- und Erwachsenenbildung

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

Soweit das aus den Stellungnahmen der Organisationen im Bereich der Volks- und Erwachsenenbildung ersichtlich ist, gab es gleich vom Beginn an keinen Konsens zwischen Ihnen, Frau Weykmans, und den betroffenen Einrichtungen, und es ist ganz offensichtlich in der Folge auch nie zu einer Annäherung der Standpunkte gekommen. Das ist sehr schade, denn es handelt sich, da sind wir uns sicher alle einig, um einen ganz wesentlichen Bereich in der Zivilgesellschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Gemäß dem Titel des Dekretes soll die Erwachsenenbildung in der DG gefördert werden: Die einstimmige Aussage von allen Organisationen bescheinigt diesem Dekret aber das Gegenteil: Das Dekret sei für die Organisationen demotivierend, diskriminierend und autoritär. Ein niederschmetterndes Verdikt durch Organisationen, die sehr stark auch auf Ehrenamtlichkeit angewiesen sind.

Die Bezeichnung "Volksbildung" soll verschwinden. Warum diese Angst vor dem "Volk", dem obersten Souverän? Die Organisationen haben während der Anhörung klar definiert, dass sie ihren Auftrag als viel umfassender betrachten, dass sie nicht nur als eine Verlängerung des Unterrichtswesens in der DG verstanden sein wollen. Neben dem Vermitteln von Wissen verstehen sie ihren Auftrag auch darin, eine "Befähigung" im breitesten Sinne zu fördern und zur Selbsterkenntnis und zur Stärkung des Selbstbewusstseins bei zu tragen.

Die Regierung sieht ihr Dekret im Rahmen der Anwendung der Lissabon-Strategie: Jedes Mitglied der Bevölkerung in der DG soll also zu einem der konkurrenzfähigsten Mitglieder in der EU, in Konkurrenz zum Rest der Welt, werden. Da ist dann zwar Wissen erwünscht, auch kollektive Handlungsfähigkeit und Bürgerschaftssinn, diese beiden Kriterien werden sogar mehrfach genannt, kollektive Handlungsfähigkeit und Bürgerschaftssinn, in etwa so wie die Ameisen in ihrem Bau und die Bienen im Bienenstock, zwecks Erwerb des „flexiblen Sozialcharakters“ im flexibilisierten Kapitalismus – Selbstbewusstsein und Kritikfähigkeit des Volkes gegenüber den Eliten ist da unerwünscht.

Die Regierung habe bei der Erstellung des vorliegenden Dekretes die EB aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger betrachtet, so steht es im Dekret geschrieben. Das Angebot der EB solle auf die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung abgestimmt werden. Wenn das stimmen würde, dann hätte die Regierung also eine allgemeine Befragung der Bevölkerung in der DG zu diesem Dekretentwurf durchgeführt? Das wurde aber nicht gemacht, sondern Sie, die Regierung, bestimmen selber, was für die Bürgerinnen und Bürger gut ist, was die Bürger zu interessieren hat und welchen Bedarf die Bürgerinnen und Bürger an Weiterbildung haben sollen!

Dementsprechend entscheidet die Regierung, ob ein eingereichtes Gesamtkonzept angenommen wird oder nicht und ob die Einrichtung dann eventuell einen Zuschuss erhält. Es wird dadurch in diesem Dekret, nach unserer Auffassung, die Möglichkeit der Willkür und der Vetternwirtschaft geschaffen, dem schlimmsten Gift für jede Demokratie!

Getreu dem Motto der Lissabon-Strategie sollen laut Dekret auch diejenigen Einrichtungen, welche viele Bildungsaktivitäten durchführen eine höhere Bezuschussung erhalten als die Einrichtungen, welche "nur" die Förderung der Personen an sich im Auge haben.

Die Tatsache, dass die Bezuschussung jetzt von der Höhe der Eigeneinnahmen abhängig gemacht wird, führt, nach Aussage der Organisationen, unweigerlich dazu, dass eine Reihe von Einrichtungen ihre Aktivitäten werden beenden müssen.

Warum also solch ein Dekret?

In der Ausschusssitzung hat die Regierung zum Schluss der Beratungen erneut auf Bestimmungen der EU im Rahmen des lebenslangen Lernens hingewiesen, und es wurde gesagt, dass die DG sich dem nicht entziehen könnte, da eine Zertifizierung auch im nicht – formalen Bereich vorzunehmen sei. Da hat die Regierung so zu sagen die Katze aus dem Sack gelassen. Es handelt sich natürlich um die EU- Katze, die über die Lissabon-Strategie daherkommt: Die Bezuschussung soll nicht vorbehaltlos der Bevölkerung zu Gute kommen, nein, diese Zuschüsse sollen dazu dienen, die Mitglieder der Bevölkerung fit zu machen, damit sie der Elite optimal dienen können. So wie die Arbeiterinnen in einem Bienenstock mit Fleiß und Ausdauer ihrer Königin mitsamt den Drohnen dienen. Wobei dieser Vergleich schmeichelhaft ist für die Lissabon- Strategie, denn in der Natur machen die Bienen den Ausbeutern dann irgendwann den Garaus.

Die VIVANT- Fraktion lehnt also den Dekretentwurf aus diesem und aus den anderen, bereits von ECOLO und der CSP vorgetragenen Gründen ab.

Die Tatsache, dass die Organisationen der VEB nicht nochmals eingeladen wurden, nachdem das Dekret eine Reihe von Abänderungen erfahren hatte, spricht Bände. Die Regierung wusste genau, dass die wesentlichen Kritikpunkte der VEB- Organisationen nicht aus dem Weg geräumt wurden, sondern dass die Abänderungen in den wesentlichen Punkten eine Mogelpackung darstellen.

Wir können uns nur wundern, wieso die SP und die PDB-PJU solch einen Text, gegen die Aussagen und gegen den Willen der Betroffenen, und gegen die Interessen der Menschen in der DG mittragen können!

Joseph Meyer
VIVANT- Fraktion